

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

2. Internationale Sicherheitskonferenz

Am 22. November veranstaltete die KAS gemeinsam mit der ZHDZ in Anwesenheit des kroatischen Ministerpräsidenten A. Plenković, des Verteidigungsministers D. Krstičević, des Innenministers V. Orepić sowie des Veteranenministers T. Medved und weiterer, hochrangiger Politiker, Militärs und Diplomaten die 2. Internationale Konferenz zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen Kroatiens. Im Rahmen zweier Podiumsdiskussionen erörterten die Panellisten die sicherheitspolitische Lage in Europa im Allgemeinen und in der Region Südosteuropa und in Kroatien im Besonderen.

Der Leiter der HDZ-Stiftung (ZHDZ), **Srečko Prusina**, begrüßte zu Beginn der Veranstaltung alle Teilnehmer und unterstrich in seinen einleitenden Worten, dass die ZHDZ in Zusammenarbeit mit seinen Partnern, Fachexperten und Entscheidungsträger zusammengebracht habe, um einen Meinungsaustausch zu sicherheitspolitischen Fragen zu ermöglichen. Die aktuellen Sicherheitsrisiken würden ganz Europa betreffen, weshalb sich die Frage stelle, wie man diesen Risiken als neues Mitglied der Europäischen Union, der Nato und der UN begegnen solle. Er schloss mit dem Hinweis, dass Kroatien wohl eine neue nationale Sicherheitsstrategie brauche, um solchen Risiken erfolgreich begegnen zu können.

In seiner Eröffnungsrede wies dann der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, darauf hin, dass die Flüchtlingskrise die Frage der Grenzsicherheit in ganz Europa neu auf die Tagesordnung der Politik gebracht habe. Die jüngsten Entwicklungen hätten das Schengenregime unter Druck gesetzt und bisher unbekannte Sicherheitsbedrohungen entstehen lassen, auf die die EU und die von der Flüchtlingskrise betroffenen Mitgliedsstaaten unmittelbar reagieren müssten.

Die EU stehe für ihre gemeinsame Werte:– Demokratie und Frieden, unabhängig von der Religion, sexueller Orientierung, ein. Die letzten Terroranschläge (Türkei, Deutschland, Frankreich) hätten aber dazu beigetragen, dass nicht wenige sich als Opfer einer unkontrollierten Einwanderung fühlen. Dem müsse sich Europa gemeinsam entgegenstellen und zu ordnungsgemäßen Prozessen und Verfahren zurückkehren.

Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kroatien, **Thomas E. Schultze** betonte in seiner Rede, dass Europa nicht zulassen dürfte, dass Hass und Angst zum Leitmotiv würden, da dies Nationalismus fördern und dem Populismus Tür und Tor öffnen könnte.

Der Ministerpräsident der Republik Kroatien, **Andrej Plenković**, bedankte sich zuerst bei der HDZ-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Organisation der wichtigen Veranstaltung. Er wies darauf hin, dass beide Stiftungen schon seit mehreren Jahren einen wichtigen Beitrag zur Realisierung von mehreren Projekten geleistet hätten. Kroatien wie auch andere EU-Mitgliedsländer müssten sich heute verstärkt mit Sicherheitsthemen beschäftigen, weshalb es eine Priorität seiner Regierung sei, eine neue nationale Sicherheitsstrategie zu entwerfen. Auch er werde sich dafür einsetzen, dass dem Staat mehr Geld für die Nationale Sicherheit im Jahre 2017 zur Verfügung gestellt werde. Kroatien sehe sich im Moment jedoch noch mit dem übermäßigen Haushaltsdefizit konfrontiert, weshalb es nicht einfach werde, die geplanten 2% des Haushalts für die Verteidigung im Jahr 2017 zur Verfügung zu stellen.

In der folgenden ersten Podiumsdiskussion zum Thema: „Sicherheits Herausforderungen heute“, die von **Mladen Nakić**, Direktor des Zentrums für Internationale Studien, moderiert wurde, betonte dieser zu Beginn das

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

Untersuchungen hervorgebracht hätten, dass die EU-Bürger heute die Bekämpfung des Terrorismus als eine der Hauptaufgaben der EU ansehen.

Der ehemalige Verteidigungsminister und Stabschef des Kabinetts des Ministerpräsidenten der Republik Kroatien, **Davor Božinović** eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, dass es in der Welt zu einer starken Verbreitung von Sicherheitsrisiken gekommen sei und dass sich die Internationale Gemeinschaft mit diesen Herausforderungen mit alten „Instrumenten“, die ihnen zu Verfügung stehen, auseinandersetzen müsse. Noch reagiere die EU darauf zu langsam und unentschlossen.

Der Innenminister der Republik Kroatien, **Vlaho Orepić**, betonte dann in seinem Statement, dass bei der Erwähnung des Wortes „Sicherheit“, dies in Zukunft nicht mehr automatisch mit Repression in Verbindung gebracht werden dürfe. Wichtig sei es vielmehr, sich bei der Bewertung von Risiken allein auf Fakten und Wissen zu beruhen, da dies sonst zu Manipulation bzw. gesellschaftlicher Polarisierung und Radikalisierung führen könne.

Der Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium **Nikola Brzica**, verwies in seinem Beitrag darauf, wie stark sich Kroatien heute dem „hybrid-warfare“ ausgesetzt sehe, und beschrieb Wege, wie sich Kroatien im Sinne einer Berücksichtigung der Sicherheitsrisiken schützen könne. Vor allem in Bezug auf die Bekämpfung des Cyberterrorismus wurde mit Verabschiedung eines entsprechenden Dokuments in den Jahren 2007 – 2008 ein erster Schritt vollzogen, den es jetzt weiterzuführen gilt.

Der Demographie-Experte der HDZ, **Dr. Stjepan Šterc** von der Universität Zagreb, konzentrierte sich in seinem Beitrag auf die aktuelle demographische Herausforderung der sich Kroatien gegenübersehe. Diese hätte sich durch die Migrationskrise noch verstärkt und zu kaum vorhersehbaren neuen Problemen geführt habe. Die UN erwarte, dass sich in den nächsten 30 Jahren etwa 400 Mil. Menschen in Richtung EU bewegen könnten.

Prof. Dr. Valbona Zeneli vom George C. Marshall Europäischem Zentrum für Sicherheitsstudien wies in ihrem Beitrag darauf hin, dass in Bezug auf die Migrationskrise eine mögliche Steigerung des Populismus als auch Nationalismus nicht das einzige Problem wäre, mit dem sich die EU auseinandersetzen müsste, denn auch wirtschaftliche Besorgnisse würden wachsen. So würde die Krise in der Euro-Zone, in Griechenland, wie auch die hohe Arbeitslosigkeit in Spanien (22%) und anderen EU Mitgliedsstaaten die wirtschaftliche Stabilität in Europa gefährden zumal in einigen EU-Ländern sogar eine Arbeitslosenquote von mehr als 50% bei Jugendlichen vermeldet wurde. Aus diesem Grund sei es nachvollziehbar, dass es in einzelnen EU Ländern zu Spannungen komme. Er sei fest davon überzeugt, dass die EU ein neues Entwicklungsmodell brauche, das noch stärker auf Wettbewerbsfähigkeit setzen müsse, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

In der zweiten Podiumsdiskussion zu Fragen der terroristischen Bedrohungen betonte der stellv. Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Republik Kroatien, **Damir Krstičević** dass sich die neue kroatische Regierung der Komplexität des Problems: Terrorismus bewusst sei, aber auch die Notwendigkeit eines einheitlichen Ansatzes bei der Bekämpfung desgleichen anerkenne. Ihm erscheinen die mangelnde Vernetzung von wichtigen staatlichen Institutionen, ein schwacher Austausch von Sicherheitsinformationen sowie der Mangel an organisiertem Handeln vorrangige Herausforderungen für das kroatische Sicherheitssystem darzustellen. Mehr als je zuvor würden die derzeitigen Sicherheitsherausforderungen eine Begründung für die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitsstrategie Kroatiens liefern. Kroatien müsse schnell handeln, seine Umgebung beobachten und einen Austausch von Informationen und eine Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit mit seinen Nachbarländern fördern, denn die Welt sei zu einem „globalen Dorf“ geworden. Am Ende seiner Rede hob er die Bedeutung solcher Veranstaltungen für die Weiterentwicklungen im kroatischen Sicherheitssektor hervor.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

Danach sprach der Vorsitzende der Islamischen Gemeinschaft in Kroatien, **Mufti Aziz ef. Hasanović** über den Grundgedanken: "Frieden sei nicht alles, aber ohne Frieden sei alles nichts". Er bezog sich dann auf die Ausführungen des kroatischen Innenministers, Vlaho Orepić und seine Aussage, dass Frieden ein Reichtum sei. Auch im Islam sei der Frieden sehr wichtig, denn das allgemeine Unverständnis in Verbindung mit dem wachsenden Missbrauch dieser Religion stelle eine große Gefahr dar. Aus diesem Grunde fördere die kroatische Regierung Präventionsprogramme der Islamischen Gemeinschaft in Kroatien. Im Gegensatz zu der umfassenden, einheitlichen Sicherheitsstrategie in Kroatien gebe es in Bosnien und Herzegowina drei asymmetrische Strategien. Mit einer solchen Regelung werde die islamische Gemeinschaft in die Ecke gedrängt und beschuldigt, dass sie freiwillige Kämpfer, die aus BuH in den Krieg nach Syrien ziehen und damit den Terrorismus unterstützen.

Anschließend fragte sich der stellv. Sicherheitsminister der Republik BuH, **Mijo Krešić** auf welche Weise sein Land dieses Problem lösen könne. Er erläuterte dann, dass es sich bei dem radikalen Islam um eine Ideologie handele, die etwas „Anderes“ nicht respektiere. Deshalb müssten sich alle drei „konstituierenden Völker“ (Volksgruppen) mit Blick auf die Gefahren des Terrorismus einigen, denn es sei nicht nur ein Problem der Bosniaken, sondern aller Bürger, aller religiösen Akteure und Vertreter des politischen und akademischen Milieu Bosniens. Erst zuletzt habe man eine gemeinsame Erklärung darüber unterzeichnet.

Prof. Dr. Ivo Lucić, vom „Kroatischen Institut für Geschichte“, wies danach darauf hin, dass die terroristischen Aktivitäten in BuH einer Rückkehr von Kroaten nach BuH zunehmend entgegenstehen würden. Deshalb glaube er, dass auch BuH wie Kroatien und andere EU-Länder, eine neue Nationale Sicherheitsstrategie benötige.

Anschließend betonte der Militäranalytiker **Igor Tabak**, wie wichtig es sei, gute Beziehungen zu den Nachbarländern zu unterhalten, vor allem wenn Sicherheitsprobleme zu

behandeln wären. Jedoch scheinen viele davon überzeugt zu sein, dass jedes Land seine eigene Sicherheitsstrategie haben sollte.

Prof. **James Howcroft**, vom George C. Marshall Zentrum für Sicherheitsstudien, zeigte sich von der Möglichkeit, dass sich BuH zukünftig vermehrt terroristischen Angriffen ausgesetzt sehen könnte, beunruhigt. In einer Situation, die einen politischen Konsensus erfordere, komme es zu politischen Meinungsverschiedenheiten, was darauf hindeute, dass sich die Beteiligten der latenten Bedrohungen nicht bewusst seien. In der Migrantenkrisen wären die Identitäten der meisten Personen den zuständigen Institutionen nicht bekannt, weshalb deren Bewegungen und die von ihnen ausgehenden potenziellen Gefahren nicht abschätzbar seien.